

GEMEINDE SCHWIEBERDINGEN

Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates am 25.01.2023

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Nico Lauxmann

Gemeinderäte

Herr Panagiotis Athanassiadis

Frau Monika Birkhold

Herr Heinz Dillmann

Herr Lutz Enzensperger

Herr Cord Erben

Frau Brigitte Heck

Herr Alexander Henke

Herr Markus Josenhans

Frau Monika Kleinau

Frau Monika Leder

Herr Sebastian Morschhäuser

Frau Iris Pohl-Mattern

Frau Heidrun Rabus

Herr Dieter Rommel

Herr Mark Schachermeier

Frau Anita Sippel

Schriftführung

Herr Florian Bausch

Verwaltung

Herr Pablo Burkhardt

Frau Marleen Götz

Frau Carmen Hirsch

Herr Manfred Müller

Herr Felix Pfisterer

weitere Anwesende

Herr Helmut Beck

Abwesend:

Gemeinderäte

Frau Michaela Reinold

Herr Rainer Widmann

Die Niederschrift umfasst die § 6 - 18

.....
Bürgermeister

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführer

.....
Gemeinderat

INHALTSVERZEICHNIS

- § 6 Bürgerfragestunde**
- § 7 Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 einschließlich des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2022 bis 2026**
- § 8 Festsetzung des Wirtschaftsplans 2023 für das Wasserwerk Schwieberdingen**
- § 9 Bebauungsplan „Zollstöckle“ mit örtliche Bauvorschriften gemäß § 74 LBO BW - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**
- § 10 Entwicklungsgebiet Wohnbebauung "Zollstöckle" - Anordnung der amtlichen Umlegung gemäß § 46 BauGB im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans "Zollstöckle"**
- § 11 Wasserwerk - Ersatzbeschaffung der Hard- u. Software des Prozessleitsystems der Trinkwasserversorgung**
- § 12 Wasserwerk - Tiefbrunnen Herrenwiesen - Erneuerung der Pumpe und Steigleitung**
- § 13 Sanierungsgebiet Oberer Schulberg, Städtebauliche Entwurfsvarianten**
- § 14 Anwaltswahl auf dem Hardt- und Schönbühlhof - Besetzung des Wahlausschusses**
- § 15 Teilnahme an der 13.1. Bündelausschreibung Gas 2024-2025, sowie die Einzelbeauftragung des Gemeindetags**
- § 16 Annahme von Spenden**
- § 17 Anfragen**
- § 18 Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen**

Bürgerfragestunde

Zu Beginn der Bürgerfragestunde erläutert der Vorsitzende die Regeln der Bürgerfragestunde.

a) Aktuelle Personalsituation in den gemeindlichen Kitas und der katholischen Kita

Eine Bürgerin spricht stellvertretend für einige anwesenden Eltern die aktuelle Personalsituation in den gemeindlichen Kitas und der katholischen Kita an.

Sie möchte zunächst wissen, was die Gemeinde als Arbeitgeber tut, um pädagogische Fachkräfte zu halten.

Der Vorsitzende verweist umfangreich auf das Maßnahmenpaket zur Mitarbeiterbindung und -gewinnung in allen Bereichen der Gemeinde Schwieberdingen und er hebt ab auf seine Neujahrsrede, die in der vergangenen Ausgabe des Mitteilungsblatts abgedruckt war. Unter anderem geht der Vorsitzende auf die neu geschaffenen Stellen in der Verwaltung insbesondere im Bereich Mitarbeiterbindung und -gewinnung, die Zusammenarbeit der Verwaltung mit einer Personalagentur, diversen neuen Benefits für die bestehenden Mitarbeiter und die große Arbeitgeberkampagne analog und in sozialen Medien ein.

Außerdem möchte eine weitere Bürgerin wissen, was die Gemeinde als Arbeitgeber aus den Kündigungen in der Vergangenheit gelernt habe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Gemeinde immer versucht, Kündigungen zu vermeiden. Es gebe einen Rahmen, der für alle gemeindlichen Mitarbeiter gelte. Jeder Einzelfall werde jedoch explizit betrachtet. Weiter führt der Vorsitzende aus, dass Personalangelegenheiten grundsätzlich nichtöffentlich seien und bittet um Verständnis, dass keine personenbezogenen Aussagen in der öffentlichen Sitzung möglich seien. Es beispielsweise seien bereits Maßnahmen umgesetzt worden im Bereich der Kommunikation zwischen Verwaltung und Betreuungseinrichtungen sowie innerhalb der Kitas.

Es wird von einer Bürgerin nach der Perspektive für Familien gefragt, die aktuell eine Absage für einen Kindergartenplatz erhalten habe.

Herr Bausch erläutert das Vorgehen der Gemeindeverwaltung, wonach nur verbindliche und seriöse Aussagen getätigt werden. Anschließend verweist Herr Bausch auf die umfangreiche Kommunikation an Familien im Rahmen mehrerer Eltern-schreiben und benennt die Zielsetzung der Verwaltung, die derzeit geschlossenen Gruppen schnellstmöglich nachzubesetzen.

Eine Bürgerin fragt nach der finanziellen Erstattung für Familien hinsichtlich des Verdienstausfalls bei einer Absage eines Betreuungsplatzes.

Herr Bausch antwortet, dass die Gemeindeverwaltung diesbezüglich im Kontakt mit dem Landratsamt stehe. Eine konkrete Zusage von Seiten der Gemeinde kann nicht erteilt werden. Familien dürfen sich bei Rückfragen gerne an das Fachamt wenden. Das Fachamt sei hier der richtige Ansprechpartner.

Außerdem werden von einer Bürgerin die Kriterien für die Platzvergabe angefragt.

Herr Bausch erläutert, dass die Platzvergabe auf Grundlage einer Vielzahl von wichtigen Kriterien erfolge. Kriterien seien unter anderem das Alter des Kindes, das Merkmal Alleinerziehend, Berufstätigkeit, Eingang des Antrags und das konkrete Aufnahmedatum. Wichtig sei zu wissen, dass bei der Platzvergabe auch immer Härtefälle geprüft werden.

Eine Bürgerin möchte wissen, wie die Eltern die Gemeindeverwaltung unterstützen können.

Der Vorsitzende teilt hieraufhin mit, dass die Gemeindeverwaltung offen sei für Unterstützung und verweist auf den inhaltlich fachlichen Austausch im Rahmen der kommenden Gesamtelternbeiratssitzung. Auch stehe das Fachamt gerne für einen Austausch zur Verfügung.

Außerdem beschreibt der Vorsitzende verschiedene Maßnahmen wie die Einstellung von Zusatzkräften sowie weiteren Unterstützungsmaßnahmen für die bestehenden Mitarbeiter in den Betreuungseinrichtungen.

Weiter wird angefragt, wie sich Zusatzkräfte weiterentwickeln können und dabei finanziell unterstützt werden könnten.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Verwaltung für eine Weiterentwicklung von Zusatzkräften offen sei. Es gebe bereits gute Beispiele, bei denen Zusatzkräfte bei der Ausbildung unterstützt wurden und in eine bezahlte PiA Ausbildung eingetreten sind. Weiter verweist der Vorsitzende in diesem Zusammenhang auf die vorliegenden Tarifabschlüsse.

Auch wird von einer Bürgerin das Elternschreiben der Verwaltung angesprochen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es die Zielsetzung der Verwaltung gewesen sei, mit dem Elternschreiben alle Familien sachlich und fachlich zu informieren. Darin wurden alternative Betreuungsmöglichkeiten genannt, wobei auch dort bereits Wartelisten vorhanden sind. Man habe weiterhin die Zielsetzung eines Familienfreundlichen Schwieberdingens, um sich weiterhin zu verbessern. Der Vorsitzende führt aus, dass in Schwieberdingen der Ausbau der Kinderbetreuung rechtzeitig vorangetrieben wurde. Nun gelte es, als Arbeitgeber auf dem Markt noch attraktiver aufzutreten. Der Vorsitzende betont jedoch auch, dass man nicht alle Wünsche der Mitarbeiter erfüllen könne, man möchte jedoch gerne gemeinsam an einer weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten. Auch wird seitens einer weiteren Bürgerin angefragt, ob auch in Schwieberdingen wie in Kornwestheim Eltern in den Kitas als Unterstützung zur Verlängerung der Betreuungszeiten eingesetzt werden können.

Der Vorsitzende teilt hieraufhin mit, dass die Verwaltung bereits in Gesprächen mit der Stadt Kornwestheim sei. Man werde das Thema aufbereiten und in der nächsten Gesamtelternbeiratssitzung präsentieren, was der Vorsitzende abschließend zusagt. Damit sind alle Fragen der Eltern der gemeindlichen Kitas und der katholischen Kita beantwortet.

b) Verkehrliche Situation in Schwieberdingen

Eine Bürgerin spricht die verkehrliche Situation in Schwieberdingen.

Die Bürgerin fragt an, was die Gemeinde unternehme, damit der Durchgangsverkehr durch die Stuttgarter Straße/Vaihinger Straße reduziert wird?

Der Vorsitzende erläutert daraufhin, dass die Stuttgarter Straße vor einigen Jahren für rund 10 Millionen Euro saniert wurde. Im Rahmen dieser großen Baumaßnahme sei eine umfangreiche Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Man habe die Zielsetzung, dass diese Hauptachse weiterhin gut befahrbar sei, gleichzeitig möchte man nicht mehr Durchgangsverkehr generieren. So habe man Maßnahmen umgesetzt wie Radwege, versetzte Parkplätze und Zebrastreifen. Zudem habe man bereits deutliche Verbesserung durch die Umgehungsstraßen um Schwieberdingen erreicht. Auch weist der Vorsitzende auf die derzeit veränderten Verkehrsströme durch die aktuellen Bauarbeiten des Bundes an der B10 Rampe. Dies bringe derzeit zusätzliche verkehrliche Probleme mit sich. Als Zukunftsthemen sieht der Vorsitzenden den Anschluss an die Stadtbahn zur Erhöhung der ÖPNV-Nutzung, sowie die Nutzung von Carsharing Angeboten und E-Rollern als Alternative. Weitere Maßnahmen werden im Rahmen der Klimaschutzkonzeption angegangen.

Auch wird die Verkehrsinsel bei der Bushaltestelle Schwieberdingen Mitte angesprochen und ein Zebrastreifen angeregt.

Der Vorsitzende verweist auf die grundsätzliche Zuständigkeit des Landratsamts. Eine Zusage für einen Zebrastreifen könne die Gemeinde deshalb nicht erteilen. In diesem Zusammenhang kündigt der Vorsitzende die Erarbeitung eines freiwilligen Lärmaktionsplans vor, der mit einer Sitzungsvorlage in das Gremium eingebracht wird. Zunächst werde eine verlässliche Datenquelle als Grundlage benötigt.

Frau Hirsch ergänzt, dass sich die Verkehrsströme innerhalb des Gemeindegebiets unterscheiden. Sie erläutert die verschiedenen Verkehrsarten und erläutert, dass die KFZ Zahlen weiter zunehmen. Es liege an jedem einzelnen Verkehrsteilnehmer, auf nicht notwendige Fahrten mit dem KFZ zu verzichten und den ÖPNV oder Carsharing Angebote zu nutzen.

Eine Bürgerin möchte wissen, wer die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Gemeinde festlegt.

Der Vorsitzende verweist erneut auf die Zuständigkeit des Landratsamts als Straßenverkehrsbehörde. Er teilt mit, dass die Gemeinde Schwieberdingen bereits seit Jahren in intensiver Diskussion mit dem Landratsamt sei, mit der Zielsetzung einer einheitlichen Geschwindigkeitsbegrenzung entlang der Ortsdurchfahrt. Die Erstellung eines freiwilligen Lärmaktionsplans mit entsprechender Datengrundlage sei dabei eine Auflage des Landratsamts.

Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 einschließlich des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2022 bis 2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2022/292, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. EB Müller stellt die Vorlage vor.

Der Vorsitzende teilt vorab die Regeln und die Reihenfolge für die Haushaltsreden 2023 mit.

Für die Freie Wähler Fraktion führt GR Henke folgendes aus:

Verehrte Zuhörerschaft,

das Wichtigste gleich vorweg:

DIE FWV-Fraktion stimmt dem Haushalts (HH)-Plan 2023 sowie HH-Plan des Wasserwerks zu!

Gestatten Sie uns dennoch einige Gedanken rund um den Haushalt zum neuen Jahr:

*Dabei wollen wir **nicht zu sehr in Details** gehen, weil die Gestaltungsmöglichkeiten erneut sehr begrenzt erscheinen, was uns wiederum im Prinzip eine ambitionierte Konzentration auf die Pflichtaufgaben abverlangt.*

Vielmehr betrachten wir nachfolgend einige - über unsere Gemeinde hinausgehende - politische Zusammenhänge und stellen diese in den Kontext mit dem HH-Plan.

Soll aber nicht heißen, dass wir uns nicht um dessen Feinheiten gekümmert haben:

*Bei der aufmerksamen Lektüre fiel auf, dass eine „**Ständige**“ **Haushaltsstrukturkommission (HHSK)** erwähnt wird. Bislang waren wir in der Fraktion davon ausgegangen, dass es sich bei diesem Gremium um eine temporäre Einrichtung handelt. Die HHSK wurde 2020 für Maßnahmen zum Ausgleich eines einmaligen Defizits – noch vor der Pandemie – ins Leben gerufen.*

(Schon früh richtig antizipiert) wie nachfolgendes Zitat aus der HH-Rede 2021 (zu Pandemie-Zeiten): Die Haushalts-Strukturkommission war der richtige Ansatz und sie wird wohl aufgrund der zu erwartenden Ergebnisse eine bleibende Einrichtung.

Dass dies wohl mittlerweile so gekommen sein soll, verwundert zwar nicht angesichts eines Kriegs in der Ukraine, einer Energiekrise in Europa, Lockdowns in China sowie steigenden Leitzinsen. Demzufolge stieg die Inflation vorübergehend auf über 10%.

*Das sind **alles große Herausforderungen** für uns. Allein der Ukraine-Krieg ist ein „**schwarzer Schwan**“, wie Börsianer ein Ereignis nennen, das ebenso selten wie unvermittelt auftritt. (Die Metapher steht letztlich für zwei Dinge: Es gibt immer ein Restrisiko und man kann sich nie auf alles vorbereiten). Allerdings erscheint es dennoch bemerkenswert, dass eine Gemeinde in einem Staat, der 2022 ein **(Rekord-) Steueraufkommen von 880 Mrd. Euro** verzeichnet und wo ein **Weltkonzern** ein großes **Werk mit über 6.000 Mitarbeitern** hat, eine **Ständige HHSK** braucht!!*

→ Zur Verdeutlichung: 880 Mrd. EUR entsprechen dem, was von den 192 Ländern der Welt die unteren 90 zusammen erwirtschaften! Und: Besagter Weltkonzern wies 2021 ein Ergebnis nach Steuern von rund 2,5 Milliarden Euro aus.

Und da brauchen wir jetzt schon eine ständige HHSK????

Oder um es mit Shakespeare zu sagen: „**Etwas ist faul im Staate Dänemark**“

Zumal: (→ vorhin schon die **Inflation** erwähnt):

Der **Staat** ist in der Regel deren **Gewinner**:

Steuereinnahmen steigen, Schulden werden sukzessive entwertet, solange wir uns in der finanziellen Repression befinden

→ (Kennzeichen der finanziellen Repression: Zinsen sind deutlich tiefer als die Inflation).

Wir dürfen gespannt sein, was von den Mehreinnahmen letztlich auf Ebene der Kommunen ankommt, **um künftig mehr** als unsere Pflichtaufgaben zu erfüllen.

→ Anmerkung: Weder Bund noch Land haben bislang eine doppelte Buchführung, die von den Kommunen durch das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) bereits seit Jahren verlangt wird.

Bei uns fordert dieses NKHR – völlig zu Recht - das **Prinzip der Generationengerechtigkeit** ein.

Was bedeutet, dass der Gemeindehaushalt zumindest ausgeglichen sein muss. Wenn wir das in Stufe 1 nicht durch den Ausgleich ordentlicher Erträge und Aufwendungen erreichen, greift – wie heuer in Schwieberdingen – die Stufe 2. Diese besagt, dass **alle Sparmöglichkeiten** ausgenutzt und **alle Ertragsmöglichkeiten** ausgeschöpft werden.

Bei längerfristiger Betrachtung unserer Ausgaben, stellen wir fest, dass unser **Personalaufwand seit 2013** von etwa 6,9 Mio auf 11,7 Mio. EUR angestiegen ist, was einer Steigerung in 10 Jahren von + 70% entspricht. Dahingegen hat sich unsere mittlerweile größte Einnahmeposition – der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**, die 2013 mit ca. 6,8 Mio. EUR ein ähnliches Volumen hatte, nur auf 10,1 Mio. EUR erhöht: Dies entspricht lediglich einem Plus von knapp 49%.

Und diese Schere wird weiter aufgehen, spätestens wenn **ab 2026** der Rechtsanspruch auf **Ganztagbetreuung für Grundschüler** auf die Kommunen zukommt.

→ Übrigens: Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz besteht seit August 2013.....

Das sind offensichtliche Tendenzen und somit keinesfalls ein schwarzer Schwan! Die Gefahr erscheint groß, dass uns die Personalausgaben spätestens ab 2026 regelrecht um die Ohren fliegen.

Ironischerweise und vollkommen ungewollt – haben wir beim Personal großes „Einsparpotenzial“ (planen Ausgaben, die wir – mangels Personal – wahrscheinlich nicht haben werden...). Das deutet an, wie sich dieses Dilemma dann 2026 zuspitzen wird:

Selbst mit einem Rekordsteueraufkommen sind wir in Deutschland nicht in der Lage, die Kinderbetreuung zu gewährleisten, weil es schon jetzt an Bewerbern für die offenen Stellen in den Betreuungseinrichtungen mangelt.

Angesichts des Personalmangels in Kitas und Kindergärten, fragen wir uns:

Wer soll dann die Grundschüler betreuen?

BuFDiS (BundesFreiwilligenDienst) oder – als Vereinsvorsitzender wurde ich bspw. deswegen schon von unserem Verband angefragt – **Ehrenamtliche?**

Auf jeden Fall ein deutlicher Fingerzeig, dass die Kommunen sukzessive stärker belastet werden. Überlastet???

In unseren jüngsten Stellungnahmen haben wir vier „**strategische**“ **Handlungsfelder für die Zukunft** benannt::

- 1) **Digitalisierung:** Und damit einhergehend brauchen wir einen massiven Bürokratieabbau. Das dürfte schon allein deshalb notwendig werden, wenn – mit Blick auf unsere Demographie in der BRD – auch in der Verwaltung bald Bewerber zur Mangelware werden.
- 2) **Bezahlbarer Wohnraum:** Hier hat die einzelne Kommune maximal ein „Hebelchen“ zur Verfügung (eines haben wir später auf der Tagesordnung...). Der große Hebel zur Schaffung sinnvoller rechtlicher Rahmenbedingungen liegt bei Bund und Ländern:
 - Im Hinblick auf den Klimawandel kann die Lösung nicht einzig und allein „Bauen, bauen, bauen“ lauten. Wir brauchen genauso Anreize für Investoren, ein vermietetfreundlicheres Mietrecht und vor allem Konzepte zur Bestands-aktivierung.
- 3) **Interkommunales Gewerbegebiet:** Mittelfristig unser wesentlicher Hebel auf der Einnahmenseite!
 - Bei der Ansiedlung von Unternehmen müssen wir uns fragen: Wollen wir Weltkonzerne ansiedeln, die Steuern dann oft irgendwo in der Welt entrichten oder lieber auf „lokale Nachhaltigkeit“ (hiesiger Mittelstand) setzen.
- 4) **Interkommunale Zusammenarbeit:** Unser aktuell größtes Bauvorhaben, Sanierung und Ausbau der Gemeinschaftsschule, sticht heraus:
 - Nachdem die Kinderbetreuung für Fledermäuse gelöst wurde, freuen wir uns - gemeinsam mit unserem Verbandspartner Hemmingen – dass planmäßig ca. 32 Mio. Euro investiert werden.
- Die Tendenz geht weiter klar zu größeren Verwaltungseinheiten

(Stelle für „Employer Branding“ auszuschreiben erscheint ja löblich. Aber muss jede Kommune – kleinteilig - ihre eigene „Arbeitgebermarke“ herausarbeiten?)

Zumindest beim Interkommunalen Gewerbegebiet und bei der Interkommunalen Zusammenarbeit sitzen wir als **Gemeinde dabei (mit) im Cockpit.**

Zum schon erwähnten **Ehrenamt** (in Sonntags- und in Wahlkampfreden gern zitierte „wichtige Stütze der Gesellschaft...“):

Beim Haushalt 2023 begrüßen wir ausdrücklich, dass **beim Ehrenamt – wie in der Kinderbetreuung** - nichts gekürzt wurde (wäre hier auch – vom absoluten Betrag - wiederum nur ein „Hebelchen“!).
Doch bleibt – sachlich kritisch - anzumerken, dass (seit Jahren) nominal gleichbleibende Zuschüsse angesichts einer Inflation von in der Spitze 10% **faktisch einer realen Kürzung** gleichkommen. Zwar sehen wir in dieser Haushaltsslage keinen großen Erhöhungsspielraum, aber wir müssen künftig überlegen, ob wir unsere **große Wertschätzung** fürs Ehrenamt nicht nur verbal verstärken wollen!

Auf jeden Fall bedanken wir uns bei dieser Gelegenheit für das vielfältige ehrenamtliche Engagement unserer Mitbürger! (Unser Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helfern bei der Bewältigung der Pandemie, der Feuerwehr, DRK, THW, unseren Vereinen und allen Bürgern, die Schwieberdingen auch in schwierigen Zeiten ehrenamtlich unterstützen und Zusammenhalt gezeigt haben).

In Schwieberdingen wird im Ehrenamt Großartiges geleistet. Das ist der Kitt, den unsere Gesellschaft braucht.

Fazit:

Die BRD - und damit auch die Gemeinde Schwieberdingen - hat das Potenzial die anstehenden Herausforderungen (einschließlich der Anpassung an den Klimawandel) zu bewältigen.

Die **wichtigste erneuerbare Energie**, die uns Menschen dafür zur Verfügung steht, ist die **Zuversicht!** D.h. wir sollten und müssen uns noch mehr auf unseren wichtigsten Rohstoff – der zwischen den Ohren sitzt – konzentrieren

(und daran glauben, dass wir in der Lage sind – über technologischen Fortschritt – Lösungen entwickeln zu können, statt bloße Verbote auszusprechen!).

Deshalb ist es richtig, dass wir in die frühkindliche Bildung sowie Schulen investieren. Wenn wir jetzt noch von Berlin (Stuttgart?) sinnvollen **Rückenwind der Marke „Follow the Sciences“** (richten/orientieren wir uns an den Wissenschaften) bekommen, statt oftmals einen ideologischen Schattenwurf, der uns mehr kostet als nützt, dann haben wir immense Kraft UND Energie!
(Deutschland wurde einst um seine Ingenieure beneidet!)

Strategisch müssen der Politik andere Mittel und Wege einfallen, als jeder Herausforderung nur mit weiteren Zahlungen oder „Sondervermögen“ zu begegnen !

→ (auf unsere Gemeinschaftswährung bin ich gar nicht eingegangen, obwohl sie das in dem Zusammenhang verdient hätte...).

Wir müssen die zweifellos vorhandenen Ressourcen richtig und effizient einsetzen.

Weil: Wenn wir das nicht tun, sondern - statt für nachhaltige Investitionen – weiterhin Steuermittel für alle möglichen Transferleistungen verwenden, wird die nächste Generation (die sich dann womöglich auch wieder für die Letzte hält) eines Tages für „Fridays for Finance“ auf die Straße gehen (müssen).

→ Spätestens wenn sie das mit der **Generationengerechtigkeit verinnerlicht** hat!

Wir danken allen Beteiligten in der Verwaltung für die umfassende und gute Arbeit bei der Erstellung dieses abermals ambitionierten Haushaltsplans sowie für die gute und angenehme Zusammenarbeit.

Wie eingangs ausgeführt:

Die FWV-Fraktion wird den Planwerken 2023 für Haushalt und Wasserwerk zustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion führt GR Rommel folgendes aus:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lauxmann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

Wenn man sich rückblickend mit dem Jahr 2022 beschäftigt kann man fast zu dem Ergebnis kommen, es war kein gutes Jahr. Der Krieg in der Ukraine, hohe Energiepreise, Inflation, gestörte Lieferketten, Corona, unerwartete Steuerrückzahlungen, Vorrundenaus bei der Fußball WM, steigende Flüchtlingszahlen und die immer wieder apokalyptische Suggestion vom Untergang der Welt. Es kommt einem manchmal so vor, wie wenn eine gewisse Gruppe von selbst ernannten Klimaktivisten zu oft Kinofilme vom Weltuntergang angesehen haben und nun in einer kriminell anmutenden Aktivität auf sich aufmerksam machen. Natürlich müssen wir was in Richtung Klimaschutz machen und das auch angehen, aber bitteschön nicht auf diese Art und Weise versuchen Aufmerksamkeit zu erhaschen. Übrigens steckt dahinter eine Entwicklung die zur Sorge berechtigt.

*Es gibt immer mehr ideologisch geführte Positionsdiskussionen, die so hart geführt werden und bei denen es nicht mehr möglich ist Gegenpositionen zu akzeptieren, dass es einem Angst und Bange werden kann. Eine gute Diskussionskultur mit einem gegenseitigen Verständnis und Akzeptanz wäre angebrachter. Da sollten sich auch die Medien beteiligen und dieser Radikalität gar keine Plattform mehr bieten z. B. einfach nicht mehr oder weniger darüber berichten. Findet man in 2022 etwas Positives? Ja, so schlecht wie einem manchmal eingeredet wird geht es uns nicht. Wir haben genug zu Essen und Trinken, ein Dach über dem Kopf, keinen Krieg bei uns im Land, wir haben eine funktionierende Infrastruktur, wir können reisen und wieder feiern. Als Beispiel kann unser **Schapfenfest** erhalten, mit seiner tollen Resonanz in der Bevölkerung und seinem Ziel den Zusammenhalt in Schwieberdingen zu fördern. Nur ein Feuerwerk zum Abschluß wäre schon schön gewesen. Wie sehr die Menschen ein Feuerwerk mögen haben wir an Silvester gesehen, mit so viel Feuerwerk wurde das neue Jahr selten begrüßt. Und es gab in Schwieberdingen noch weitere positive Entwicklungen in 2022, wie z. B. der erfolgreiche Umzug der Fledermäuse aus der **Glemstalschule** in die neuen Quartiere.*

*Somit kann es mit dem Umbau der Schule zügig weitergehen. Oder es wurden die Rahmenbedingungen für die **Vereinbarung von Familie und Beruf** für die Bevölkerung aber auch für die Beschäftigten in der Gemeindeverwaltung verbessert. Dabei hoffen wir Schwieberdingen als attraktiven Arbeitgeber darzustellen und eine Stabilität in der Stellenbesetzung zu erreichen, vor allem im Kinderbetreuungsbereich. Auch in der Digitalisierung sind wir ein großes Stück weiter gekommen, der Glasfaserausbau in diesem Jahr wird uns hier noch weiter voran bringen.*

Zu ein paar wesentlichen Themenbereichen des Jahre 2023 und damit in Bezug auf den Haushaltsplan 2023 möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Finanzielle Situation

Durch eine überraschende Gewerbesteuerrückforderung und daraus resultierender Zinsforderung in Höhe von zusammen 5,4 Mio. kurz vor Jahresende ist der finanzielle Spielraum für künftige Investitionen deutlich eingeschränkt worden. Wir befinden uns was die Steuerkraft betrifft inzw. am Ende der Rangliste der Kommunen des Landkreises. Für einen Ort mit einem Gewerbegebiet wie wir es haben eigentlich undenkbar.

Wir müssen die Einnahmesituation der Gemeinde dringend auf eine breitere Basis stellen und daher ist es unabdingbar in diesem Jahr mit dem interkommunalen Gewerbegebiet einen großen Schritt weiter zu kommen. Darauf muss zu Beginn des Jahres unser ganzer Fokus liegen.

Klimaschutz

Zusammen mit Hemmingen haben wir uns verständigt eine gemeinsame Klimaschutzkonzeption für die beiden Gemeinden zu erarbeiten. Wir stehen in den Startlöchern werden aber von der steigenden Bürokratie und Undurchsichtigkeit um die Förderfähigkeit eingebremst, echt schade. Wir sollten uns jetzt nicht in Aktionismus verstricken und Einzelmaßnahmen fordern sondern auf die ganzheitliche Konzeption setzen, Stückwerk bringt uns nicht weiter. Das gilt für die Diskussion um Tempo 30 im Ort, Windkraft, Photovoltaik

Übrigens, schön zu hören, dass Bosch dem CDU-Gemeinderatsantrag zugestimmt hat, Ersatz für die zu fallenden Bäume im Zusammenhang mit der Parkplatzüberdachung durch Solarmodule auf dem Betriebsgelände zu sorgen.

Herrenwiesenareal

Wir schieben die Diskussion um die Neugestaltung des Herrenwiesenareals (TFH, SH, Hallenbad) immer wieder vor uns her. Sei es durch fehlende Personalressourcen, oder durch Corona oder jetzt durch die hohe Steuerrückforderung. Wir sprechen uns dafür aus, die eigentlich schon 2022 hätte beginnende Diskussion über die Neukonzeption im ersten Halbjahr 2023 zu beginnen und zwar konkret und ergebnisoffen.

ÖPNV

Der Ringschluß von Ludwigsburg über Schwieberdingen nach Stuttgart über die Stadtbahn Ludwigsburg ggf. in Verbindung mit der Strohgäubahn ist für uns ein perspektivisches Ziel mittelfristig.

Die Stadtbahn Ludwigsburg-Markgröningen kommt so langsam in der Konzeption weiter voran und damit auch der Abzweig nach Schwieberdingen. Wenn dann das interkommunale Gewerbegebiet kommt, Schwieberdingen an die Stadtbahn Ludwigsburg angebunden ist haben wir gute Aussichten attraktive und finanzstarke Arbeitgeber nach Schwieberdingen zu bekommen. Genau solche Firmen brauchen wir um z. B. die hohen Investitionen der Zukunft in den ÖPNV stemmen zu können, denken wir nur an die Kosten die auf uns zukommen um die Strohgäubahn mit einer zukunftsorientierten Antriebsart auszustatten. Wir von der CDU sehen hier für 2030 eine nachhaltige Vision für die Strohgäubahn, so wie wir es innerhalb der letzten Zweckverbandssitzung im Dezember eingefordert haben. Wenn wir dann noch Synerigen mit der Stadtbahn erreichen, dann haben wir einen nachhaltigen & wirtschaftlichen Beitrag zur Mobilität erreicht. Grundsätzlich wird die Mobilität sich in den kommenden Jahren verändern - neue Konzepte mit autonomfahrenden Bürgerbussen ist nur der Anfang und wir werden uns diesem Thema auch für Schwieberdingen annehmen.

Flüchtlinge

Um es deutlich zu sagen, dieses Thema überfordert uns in Deutschland. Alles recht und gut mit der Solidarität insb. den Flüchtlingen aus der Ukraine und dem sozialen Engagement vieler. Es kann und darf aber nicht sein, dass wir als Bundesrepublik Anreize so setzen, dass wir bewusst als Zielland ausgewählt werden. Wo bleibt die europäische Solidarität? Und dann noch der Königsberger Schlüssel nach dem in Deutschland die geflüchteten Personen verteilt werden. In diesem Schlüssel ist festgelegt, wie die einzelnen Länder der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen sind. Der Anteil, den ein Land danach tragen muss, richtet sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl. Da sind wir in Baden-Württemberg natürlich vorne mit dabei und müssen daher viele geflüchtete Personen aufnehmen, mit denen wir allein schon wegen der Unterbringung überfordert sind.

Die Sperrung einer Halle auf unbestimmte Zeit in der die Schulen ihren Sportunterricht abhalten, die Vereine ihrer ehrenamtlichen gesellschaftlichen Aufgabe nachgehen und die für das allgemeine bürgerliche Zusammenleben ungemein wichtig ist kommt für uns inzwischen nicht mehr in Frage. Wir fordern daher die in politischer Verantwortung stehenden Mandatsträger aller Ebenen dazu auf, die Ungerechtigkeiten bei der Zuordnung von Flüchtlingen zu beseitigen und die Last auf alle Schultern gerecht zu verteilen.

Energiekrise/Inflation

Steigende Strom und Gaspreise darüber wird ständig gesprochen und politisch Gegenmaßnahmen wie einen Preisdeckel ergriffen. Was ist aber mit Ölheizungen bei denen die Verbraucher auch eine Preisentwicklung mit einer Verdopplung hinnehmen mussten. Die werden in der ganzen Diskussion leider vergessen, bewusst? Ist es so, dass in gewissen Gedankenwelten Öl, Benzin, Diesel nicht passen und abgeschafft gehören? Eine Verteuerung kommt dann gerade recht, könnte man meinen. Nebenbei eine Frage, warum ist Fleisch so teuer geworden? Sollen wir uns alle nur noch vegan ernähren?

Wenn die Teuerungsrate so weiter steigt wird sich der Haushalt 2023 für uns Bürger im Rückblick noch moderat darstellen. In den nächsten Haushalten werden wir dann zwangsläufig über deutlich steigende Gebühren reden müssen, wenn wir unseren Standard halten möchten und keine zusätzlichen Einnahmequellen wie das interkommunale Gewerbegebiet erschließen. Daher nochmal, voller Fokus auf die Realisierung des interkommunalen Gewerbegebiets und ein Appell an alle Firmen auch ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung neben dem reinen Gewinnstreben gerecht zu werden.

Deponie

Dieses Thema darf nicht fehlen. Unsere Haltung als Gemeinde ist klar, die Deponie so schnell wie möglich schließen und auch keine weiteren abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten auf dem Froschgraben ansiedeln. H. Lauxmann bitte bleiben Sie auch weiterhin auf einem harten Kurs in Richtung AVL und dem Kreis.

An dieser Stelle möchte ich auch ein großes Dankeschön an die ganze Gemeindeverwaltung aussprechen, das was Sie wieder in 2022 geleistet haben war echt gut. Die Herausforderungen der sich überlappenden Krisen zu bewältigen, den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten und die nicht gerade kleinen Zukunftsprojekte zu stemmen verdient Anerkennung. Dabei sei erwähnt, dass auch wir als Gemeinderäte in diesen besonderen Situationen überdurchschnittlich gefordert wurden. Zeitlich mit sehr langen Sitzungen und entsprechender Vorbereitung aber auch mit Entscheidungen die in sich eigentlich widersprüchlich sind wie auf der einen Seite mehr Geld für Investitionen auszugeben z. B. für eine zukunftsfähige Gemeindeverwaltung und Kinderbetreuung und auf der anderen Seite Gelder einsparen zu müssen und dann als Beispiel entscheiden zu müssen, die Toilettenanlage in der Rathaustiefgarage zu schließen. Verhältnismäßigkeit passt da nicht so recht.

*Zum Schluss meiner Haushaltsrede möchte ich im Namen unserer Fraktion vielen lieben Dank sagen an alle die im vergangenen Jahr wieder außergewöhnliches für Schwieberdingen geleistet haben. Im **Ehrenamt** bei den Vereinen, der Feuerwehr, dem DRK, in den **sozialen Berufen**, im **kirchlichen Umfeld**, im Bereich der **Sicherheit und Ordnung**, bei der **Gesundheitsvorsorge** insb. im Rahmen der Pandemie und im **gewerblichen Bereich** wie dem Einzelhandel, dem Handwerk, den Gastwirten, den Dienstleistern und allen anderen gewerblichen Betrieben auf die man sich in Schwieberdingen verlassen kann.*

Danke, dass Sie für Schwieberdingen in dieser besonderen Zeit wieder da waren und das Beste daraus gemacht haben getreu nach dem Motto:

SCHWIEBERDINGEN HÄLT ZUSAMMEN.

Die CDU Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2023 der Gemeinde Schwieberdingen und dem Wirtschaftsplan des Wasserwerkes 2023 zu.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt GR Birkhold folgendes aus:

Sehr geehrter Herr Lauxmann, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte, liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, liebe Gäste

Hinter uns liegt ein sehr bewegtes Jahr 2022. Das Unfassbare geschah auf unserem Kontinent: Es ist Krieg in Europa.

*Nun ringt Deutschland um einen Weg, mit dem Kriegsgeschehen umzugehen und alle, die **nicht** entscheiden und Verantwortung übernehmen müssen, können leicht Meinungen äußern und Ratschläge erteilen.*

*Flüchtlingen Schutz zu bieten und zu helfen, sollte selbstverständlich sein. Damit meine ich Verfolgte und Schutzsuchende **aller** Nationalitäten. Dass das Gastland hier klar sagt: „**Das sind unsere Wertvorstellungen, so und nach diesen Regeln und Gesetzen leben wir in Deutschland**“ gehört ebenso zur Integration wie die Bereitschaft, Geflohene aufzunehmen und mit allem Notwendigen zu versorgen.*

*Gut ist, dass die Gemeinde viele Maßnahmen ergriffen hat, um Geflohene unterzubringen. So konnte die Turnhalle bisher für den **wichtigen Schul- und Vereinssport** geöffnet bleiben.*

*An dieser Stelle danken wir allen Helferinnen und Helfern, die den Fremden das Ankommen bei uns erleichtern. Ebenso danken wir jenen, die sich in Kirchen, Betreuungseinrichtungen, Schulen und Vereinen für ihre Mitmenschen engagieren. Natürlich wollen wir die wichtige Arbeit des **Roten Kreuzes** und der **freiwilligen Feuerwehr** nicht unerwähnt lassen. Ich hoffe, dass ich keine Gruppe oder Organisation vergessen habe.... **Danke an Sie, an euch alle.***

Leider gehört heute - mehr denn je -Zivilcourage dazu, um diese wichtige Arbeit für die Gesellschaft zu erfüllen.

*Der Krieg in der Ukraine zeigt, wie sehr wir uns beim Import von Öl und Gas in Abhängigkeit begeben haben, anstatt nach dem Atomausstieg **konsequent in den Ausbau der erneuerbaren Energien einzusteigen.***

*Sorge vor dem **Klimawandel** mit verheerenden Folgen für Tier- und Pflanzenarten und uns Menschen beschäftigt Viele, ebenso die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise.*

Nicht nur in der „großen Welt“ ist 2022 viel geschehen, auch in unserer Gemeinde ist einiges passiert.

*Das Richtfest für den Neubau der **Glemstalschule** fand statt. Die Entdeckung von streng geschützten Zwergfledermäusen verzögerte und verteuerte die Sanierung des Bestandsgebäudes.*

***Artenschutzmaßnahmen** in Höhe von 357.000,-€ zeigten Erfolg. Weitere Steigerungen bei Energie- und Rohstoffpreisen werden kriegsbedingt auf uns zukommen. Durch beschlossene Einsparungen an der Fassade und im Küchenbereich kann leider nur ein Teil kompensiert werden.*

*Für Unruhe sorgten - auch in Landkreis und Region - die Pläne der AVL zur Suche nach einer neuen **Erd- und Bauschuttdeponie.***

***Wir hier** haben keinerlei Anlass, den Worten aus dem Kreistag in dieser Sache zu vertrauen....*

Nun etwas Positives:

*Unser Ort erhält für das **Sanierungsgebiet „Oberer Schulberg“** staatliche Förderung. Unsere Fraktion hat sich für eine Bebauung ausgesprochen, die städtebaulich gut in den Bestand passt und bedarfsgerechten Wohnraum schafft.*

Die Gemeinde ist der „**Bürgergenossenschaft Bezahlbarer Wohnraum**“ beigetreten, ebenso der Ludwigsburger Energieagentur **Lea**, was wir beides sehr begrüßen.

Schwieberdingen wird dabei sein, wenn 2028 das Projekt **Stadtbahn LUCIE** an den Start geht. Es ist zu hoffen, dass viele Menschen spätestens dann auf den ÖPNV umsteigen.

Der Vorstoß von BÜ90/Die Grünen zur **Errichtung eines „Bürgerwindrades“** wird bei den heutigen Strompreisen eine lohnende **Investition in die Zukunft** sein.

Wir sind überzeugt, dass ein Bündel von schnell ergriffenen Maßnahmen hilft, die **Erderwärmung** einzudämmen. Wie notwendig das ist, hat u.a. der Hitzesommer 2022 gezeigt.

Die notwendige **Digitalisierung** von Schulen und Verwaltung kommt voran.

Seit Herbst hat Schwieberdingen nun auch einen **Jugendgemeinderat** - gespannt freuen wir uns auf die Zusammenarbeit.

In der **Haushaltsstrukturkommission** wurde von Verwaltung und Gemeinderat knapp **2 Mio €** an Sparmaßnahmen beschlossen. Das fiel nicht leicht.

Die Aufgaben werden im Jahr 2023 nicht weniger werden, der finanzielle Spielraum wird knapper.

Die Gemeinde will die **Planung** für das **Gebiet Herrenwiesen** angehen. Die Turn- und Festhalle, Sporthalle sowie das Feuerwehrgerätehaus müssen dringend saniert, erweitert und/oder neu geplant werden. Eine **gute Betreuung** von Kindern und Jugendlichen sowie der älteren Generation gehört zu den kommunalen Pflichtaufgaben und ist uns wichtig. Die Verwaltung wirbt offensiv um weitere Fachkräfte. Sie konkurriert dabei mit zahlreichen anderen Kommunen.

Gut ist, wenn wir gemeinsam mit Hemmingen in diesem Jahr endlich in den **Interkommunalen Klimaschutz** einsteigen.

Dass in der Gemeinderatssitzung vom 11. Januar 2023 unsere beiden Anträge eine Mehrheit fanden zeigt: **Umwelt- und Klimaschutz ist kein Nischenthema mehr**. Es wurde beschlossen, dass Schwieberdingen der „**Initiative Lebenswerte Städte**“ beitrifft. Ziel ist, dass Städte und Gemeinden selbst entscheiden können, welche Geschwindigkeit auf ihren Straßen gefahren werden soll. Hier erwarten uns sicher spannende Diskussionen.

Der zweite Antrag hatte zum Ziel, kommunale Gebäude mit **Photovoltaikanlagen** zu bestücken. Der Gemeinderat beschloss, **100.000,- €** im Haushalt 2023 einzustellen, um an zwei Gebäuden PV-Anlagen mit einer Leistung von je 30 KWp anzubringen. Eine solche Anlage spart den Ausstoß von etwa 20 t CO₂ jährlich ein und „verdient“ bares Geld, nachdem sich die Installation amortisiert hat.

Bei einem Umfang von **36,5 Mio €** im **Ergebnishaushalt** für das Jahr 2023 fällt ein Ausfall bei der **Gewerbsteuer** von **5,9 Mio €** stark ins Gewicht.

Die Gemeinde muss aufgrund einer Entscheidung des Bundesfinanzgerichtshofes bereits erhaltene Steuern (incl. Verzinsung) zurückzahlen. Es zeigt sich nochmals, wie riskant es ist, sich auf vermeintlich „große“ und „starke“ Industriebetriebe als Partner zu verlassen. Ausbleibende Gewerbesteuererinnahmen waren vor Jahren der Grund, weshalb das Hallenbad nicht wie geplant saniert werden konnte und geschlossen blieb.

Um mehr Einnahmen zu generieren, ist ein **gesunder Mix** aus Handwerk, Dienstleistern, Handel, der Landwirtschaft und innovativen Firmen der **einseitigen** Ausrichtung auf **internationale Konzerne** vorzuziehen. **Diese entrichten die Gewerbesteuer ja nicht unbedingt am Standort Schwieberdingen...**

Wichtigste Einnahme der Gemeinde stellt der Anteil an der **Einkommenssteuer** mit **10,5 Mio €** dar, gefolgt von **5,5 Mio € Gewerbesteuer**. Weitere Steuereinnahmen, Zuweisungen, öffentlich-rechtliche Entgelte und Transfers bringen für das Jahr 2023 **Erträge** von ca. **36,5 Mio €**.

Dieser Summe stehen **Aufwendungen** von ungefähr **34,5 Mio €** gegenüber.

Angesichts der von mir genannten und weiterer Vorhaben sehen Sie unschwer, dass die verbleibenden **2 Mio €** nicht eben üppig sind und, wie auch bei privaten Haushalten, große **Ausgabendisziplin** erfordern. Dazu sind wir bereit.

Wir danken den Damen und Herren der Verwaltung für die stets gute und angenehme Zusammenarbeit, auch wenn wir häufig Fragen hatten.

Die Fraktion Bü90/Die Grünen stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2023 zu.

Ebenso stimmen wir dem Wirtschaftsplan des Wasserwerkes Schwieberdingen für 2023 zu.

Für die ABG-Fraktion führt GR Schachermeier folgendes aus:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns bei allen, die sich auch im vergangen Jahr ehrenamtlich für Schwieberdingen eingebracht haben. Durch Kriege und Verfolgungen, die Familien immer noch zwingen ihre Heimat zu verlassen ist es daher umso wichtiger, dass es diesen Zusammenhalt in unserer Dorfgemeinschaft gibt. Eine Inflation, die sich auf undenkbar hoher Rate befindet oder deutlich gestiegene Energiepreise, treffen am intensivsten die Ärmsten unserer Gemeinde. Als Gemeinderäte sehen wir uns auch hier in der Pflicht, die Rahmenbedingungen zur Betreuung und Unterstützung weiterhin aufrecht zu erhalten.

Intensiver Schatten überm Finanzhaushalt

Es scheint, dass auch nach der Coronazeit unsere Finanzen leider nicht auf der Sonnenseite erstrahlen. Denn, bei unserer Gewerbesteuer, die eine der wichtigsten Einnahmequellen darstellt, zeichnen sich längst jährliche Mindereinnahmen ab. Die sich seit Jahren auf der Schattenseite befindende Gewerbesteuer, die damit einhergehende sehr angespannte Finanzlage wird nun noch durch Nachberechnungen, die zu erheblichen Gewerbesteuerrückzahlung führt, weiter verdunkelt. Ergebnis: Unser Finanz-Bogen ist deutlich überspannt. Wenn auch steuerrechtlich zulässig, ist es existentiell umso mehr als bedenklich.

Denn Leistungen für Bürger und Gemeinde resultieren stark aus Zahlungen dieser Herkunft, stellen damit eine Grundabsicherung des gemeindlichen Finanzsystems, somit von Investitionen u. a. in kommunale Infrastrukturen dar. Waren es beispielhaft vor vielen Jahren noch zweistellige Millionenbeträge eines ansässigen Unternehmens, müssen wir inzwischen, wie aus der Presse zu entnehmen, Rückzahlungen im Millionenbereich leisten. Die ABG lehnte bereits vor Jahren langfristig gebundene Geldanlagen - kommentiert in einer damaligen Haushaltsrede - ab. So z. B. die, in die Netze BW, um damals bereits bekanntgewordene evtl. Gewerbesteuerrückzahlungen, nun nicht unter dem Bilanzposten „Schmerzliche Ausgaben“ verbuchen zu müssen.

Wichtig zu wissen, dass von einem Euro Gewerbesteuer, erstmal lediglich 25 Cent im Haushalts-Säckel bleibt. Hierdurch relativiert sich daher auch schnell, ob erweiterte Gewerbeflächen, ohne zuverlässige Steuereinnahmen, dafür jedoch verbunden mit umwelttechnischen Belastungen, die Lösung sein können.

Eigentlich benötigt eine Kommune wie Schwieberdingen, mit einem Finanzhaushalt von 35 Mio. Euro, Großunternehmen. Die Krux, dass Unternehmen dieser Größenordnung „eher“ steuerminderte Verfahren anwenden können.

So gilt es seit Jahrzehnten, die im Flächennutzungsplan vorgesehene gemeindeeigene Erweiterungsfläche von 5ha, für die Ansiedlung von ertragsstarken und branchenübergreifenden kleinen und mittelständischen Firmen/Unternehmen zu nutzen. Dies ist längst überfällig. Denn daraus erwirtschaftete Gewerbesteuereinnahmen müssen nicht mit anderen Gemeinden geteilt werden. Das Aufteilungsprinzip würde jedoch, beim von der ABG abgelehnten, interkommunalen Gewerbegebiet Anwendung finden.

Wo also sind temporäre und strategische Lösungen? Sie müssten längst dazu geführt haben, dass unsere Finanzen erstrahlen. Aber im Gegenteil. Jetzt sind wir an dem Punkt, dass sogar Streichung von jährlichen Klein-Beträgen erfolgen. So geschehen mit der Folge der Schließung des für viele Schwieberdinger wichtigen ruhigen Örtchens im Ortskern. Auch für diese Streichung haben wir mit einem deutlichen NEIN gestimmt, somit in keiner Weise die Schließung akzeptiert. Möglicherweise wurden bei Streichungen wie dieser, Prioritäten falsch gesetzt.

Leben in der Gemeinde.

Die Pandemie ist so gut wie vorbei. Aktuelle Verordnungen des Bundes sind am Auslaufen. Und wie es aussieht, werden sie auch nicht verlängert. In der Bevölkerung fallen mehr und mehr die Zeichen der Pandemie. Menschen leben die gefühlt wiedergewonnene Freiheit. Um allerdings wieder zur Situation vor der Pandemie zu kommen, bedarf es notwendiger Anstrengungen. Eine Wiederbelebung des Gemeindelebens. Beim Schapfenfest, der Kirbe oder anderen Veranstaltungen, kommen Menschen wieder zusammen. Diese Feste gehören zur Lebensqualität Schwieberdingens. Ob von Vereinen oder der Gemeinde organisiert. Veranstaltungen können von unseren Vereinen genutzt werden sich zu präsentieren. So kann um für verlorengewandene Mitglieder geworben, neue gewonnen werden. Auf der Kirbe kann unser Einzelhandel dem Schwieberdinger Publikum zeigen, dass man auch bei uns im Ort vieles kaufen kann und nicht immer im Internet bestellen muss.

Wenn wir über Gewerbesteuer in Schwieberdingen reden sollten wir dabei nicht vergessen, dass sie auch von unserem Einzelhandel erbracht wird. Geschäfte, Vereine, Ärzte oder die Gastronomie sind Bausteine für ein lebenswertes Schwieberdingen. Vereine brauchen Sportstätten. Das Konzept rund um das Hallen-areal, mit der Turn- und Festhalle, der Sporthalle, dem Hallenbad, muss weiter vorangetrieben werden. Wir dürfen es nicht aus den Augen verlieren.

Dieses Jahr sollten die Beachsommer-Wochen, als Ausgleich für das nicht stattfindende Schapfenfest, in der Mitte Schwieberdingens realisiert werden. Dabei hätten Sand und Liegestühle einen Ort geschaffen, bei denen die Menschen zusammen Zeit verbringen, Vereine sich wieder dem Publikum präsentieren können. Leider muss der verhältnismäßige kleine Betrag für die Beachsommer-Wochen, der allerdings eine große Wirkung erwarten ließ, dem Spar-Rotstift weichen. Es gilt also zu vermeiden Lebenswertes zu streichen, um Bürgern gerade in schwierigeren Zeiten eine gute Lebensqualität in Schwieberdingen zu bieten. Wir wollen Schwieberdingen nicht als Trabanten-Gemeinde im Speckgürtel von Stuttgart, wo man sich nur zum Schlafen aufhält und das Leben wo anders stattfindet.

Umwelt und Klima

Im kommenden Haushalt werden 100.000 Euro zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Gebäuden bereitgestellt. Gleichzeitig wurden bereits Anträge zu Fördermitteln gestellt. Mit Umsetzung der geplanten/angedachten Projekten leistet Schwieberdingen einen positiven Beitrag zur Klimaneutralität. Energiekosten werden gesenkt, Einnahmen durch Stromeinspeisung erzielt. Eine Win-Win-Situation, bei der Investitionen positive finanzielle Nebeneffekte erzielen.

Windkraftanlagen stellen eine weitere Alternative zur Verbesserung unserer Umweltbilanz dar. Es gibt bereits Bestrebungen, ein Bürgerwindkrafttrud auf den Weg zu bringen. Dafür sollte sich Schwieberdingen aktiv einsetzen und dieses bürgerschaftliche Engagement unterstützen. Die ABG sagt ganz klar ja dazu!

Die Unendliche Geschichte, sie geht weiter! Werden wir zum Lückenbüßer?

Wir zitieren aus unserer Haushaltsrede 2019(!):

„...zuletzt muss die Nennung von längeren Deponielaufzeiten durch die AVL enden. Für uns gilt das von Landrat Haas bestätigte Deponieende spätestens in 2025.“

Alle Jahre wieder beschäftigt uns das Thema Deponie Froschgraben. So werden wir uns auch dieses Jahr weiter vehement dafür einsetzen, dass endlich das vielfach ausgesprochen Laufzeitende der Deponie Realität wird. Irgendwann ist Schluss! Schwieberdingen hat längst sein SOLL erfüllt. Jetzt müssen andere diese Verantwortung für den Kreis übernehmen. Keine Erweiterung der Deponie und keine Zugeständnisse mehr an die AVL. Der Widerstand in Hemmingen und Großbottwar kann nicht dazu führen, dass Schwieberdingen zum Lückenbüßer wird.

Tradition: ABG-Geschenk

Unser traditionelles Geschenk ist dieses Jahr leider auch – sinnbildlich - dem Rotstift unterlegen.

Sonstiges

Achso, zu guter Letzt fällt uns noch eine wichtige Information ein! Dies, rein informativ, ohne der Absicht, damit ein Thema zu thematisieren: War es noch vor kurzem jedes 10te Kind das nicht schwimmen konnte, da immer seltener die Möglichkeit besteht dies zu erlernen, sind wir zwischenzeitlich bei jedem 5ten, so die aktuellen Zahlen vom 24.01.2023. Aber wenn wir schon dabei sind: Wir wäre es denn mit einem interkommunalen Schwimmbad in Schwieberdingen. Es gäbe sogar, wenn notwendig, Erweiterungsfläche.

Wir stimmen den beiden Haushalten zu.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse!

Für die FDP-Fraktion führt GR Josenhans folgendes aus:

Liebe Gemeinderats Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Verwaltung
Sehr geehrter Bürgermeister Lauxmann
Sehr geehrte Bürger und Zuhörer,
Sehr geehrte Pressevertreter,

In der Vorbereitung zur diesjährigen Haushaltsrede, war ich in großer Versuchung die Haushaltsrede 2022 einfach zu kopieren.
Haben sich die Herausforderungen und unsere Ideen zu unseren 5 Kernpunkte aus 2022 auf den ersten Blick kaum verändert.

Unsere Kernpunkte 2022 waren:

1. Digitalisierung
2. Personalkosten
3. Gewerbegebiet
4. Verschlinkung von Prozessen in Verwaltungen
5. Bezahlbarer Wohnraum

Doch was ist zum Jahr 2022 anders?

Man könnte es mit einem Satz beschreiben:

Krise ist gekommen, um zu bleiben.

War man in 2022 guter Dinge die Corona Krise hinter sich zu lassen, wurde Sie nahtlos durch die Flüchtlingskrise und die Energiekrise ergänzt.
Für die Gemeinde Schwieberdingen brachte das Jahr 2022 dann noch eine 4. überraschende Einnahmenkrise. Mit der unerwarteten Gewerbesteuerrückzahlung incl. Zinsen von weit über 5 Mio. Euro wurden die Rücklagen unserer Gemeinde schlagartig stark reduziert.

Durch diese mehrfach Krisen hat sich die Arbeit und die Zukunftsplanung des Gemeinderates und der Verwaltung in 2022 sowie für 2023 stark verändert.

Neben unseren 5 Kernthemen, muss sich Verwaltung und Gemeinderat zusätzlich mit weiteren wichtigen Themen beschäftigen. Diese sind Flüchtlingsversorgung, Notfallpläne, Katastrophenschutz, Windräder, Klimakonzept um nur einige zu nennen.

Das Mehr an Aufgaben in einem Haushalt zu planen, bei gleichzeitig immer volatileren Einnahmen und immer mehr drohenden Ausgaben, lässt einem Gremium immer weniger Luft für wichtige und schon lange erforderliche Investitionen in öffentliche Gebäude.

Damit der Haushalt 2023 sowie der Planungszeitraum bis 2026 überhaupt auf dem Papier darstellbar ist, mussten ca. 1,9 Millionen Euro an Einsparungen verabschiedet werden, Große Infrastrukturprojekte, wie das Hallenkonzept in den Herrenwiesen wurde mit seiner Anschubfinanzierung noch weiter in die Zukunft in das Jahr 2026 verschoben.

Notwendige Investitionen in Kanal- und Straßenerneuerungen wurden schon gar nicht mehr in dem benötigten Umfang geplant. Hier muss das Prinzip „die Hoffnung stirbt zuletzt“ helfen.

Um alle Herausforderungen zu meistern, wird es zukünftig sehr stark darauf ankommen, wie schnell wir Lösungen nicht nur in Schwieberdingen, sondern bundesweit umgesetzt bekommen. Wenn wir an unserer Detail- und Verwaltungspfektion festhalten, wird vermutlich der viel zitierte „Wohlstandsverlust“ für Schwieberdingen und die Gesellschaft nicht aufzuhalten sein.

Als Gemeinderat möchte ich meinen Optimismus nicht verlieren und unverändert im Kern an unseren 5 Punkten festhalten:

Lassen Sie mich auf unsere 5 Punkte und ein paar zukünftige Herausforderungen kurz eingehen:

1. Digitalisierung:

Eine erfolgreiches Beispiel, was Digitalisierung in der Lage ist zu leisten. Ist unser Beschluss die Schüler der Gemeinschaftsschule mit digitalen Endgeräten auszustatten. Online-Unterricht war für die Schüler in der Krise möglich. Ein Projekt, um das unsere Schule von ganz vielen beneidet wird.

Weitere Digitalisierungsmaßnahmen in den Verwaltungen wird massiv helfen Kosten zu sparen und die Zeitfenster für wichtige Projekte zu finden. Das Zielbild eines modernen Staates und damit einer modernen Verwaltung muss es sein:

„Weg von verwalten, hin zu gestalten“.

Den Willen zum Gestalten nehme ich in Schwieberdingen durchaus wahr.

Umso mehr bin ich als Gemeinderat immer wieder frustriert mit wie vielen Verordnungen wir uns selber ausbremsen und wie viele Instanzen an einer Sache mitreden. Oft gewinnt ein Vorhaben den Eindruck, dass ein tatsächlicher Entscheider gar nicht mehr vorhanden ist und Vorhaben deshalb unnötige lange Vorlaufzeiten benötigen.

2. Personalkosten:

Im letzten Jahr hatten wir auf großzügigere Betreuungsschlüssel hingewiesen. Hieran wollen wir weiter festhalten. Dies kann helfen unseren Erziehermangel zu reduzieren und das Angebot der Kinderbetreuung für alle aufrechtzuerhalten.

Warum hier die Politik so zögerlich agiert, bleibt uns als FDP ein unerklärliches Rätsel.

Wir begrüßen die verabschiedete und umgesetzte Stellenausschreibung in eine Recruiting und Mitarbeiter-Bindungsstelle.

Es braucht eine Stelle, die zwischen unseren vielen Erzieherinnen und der Verwaltung als Bindeglied beider Interessen „vermitteln“ kann. Die Quasi beide Sprachen spricht und beide Parteien miteinander verbindet.

Diese Stelle muss dann auch mit den notwendigen operativen Kompetenzen ausgestattet sein. Sonst laufen wir Gefahr, dass die Stelle ein Zahnloser Tiger sein wird.

Für die Ausstattung mit diesen Kompetenzen werden wir uns im Gemeinderat einsetzen.

Auch die Stelle eines Digitalisierungsbeauftragten macht bei dem richtigen Einsatz bei einer Betriebsgröße unsere Gemeinde Sinn.

Mittelfristig wird man bei einer guten Umsetzung mit diesen Stellen mehr einsparen, als die Stellen Kosten verursachen.

3. Gewerbegebiet:

Aktuell laufen immer noch die Gespräche mit den Eigentümern.

Unverändert sind wir davon überzeugt, dass unterschiedliche Interessen für alle Seiten zufriedenstellend und innovativ gelöst werden können.

Die weltweite Krisen, machen Gewerbeflächen in Deutschland noch attraktiver.

4. Verschlankung von Prozessen in Verwaltungen:

Jeder beschreibt es als sinnvoll. Doch kaum etwas davon scheint schnell umsetzbar. Jährlich scheint das Problem noch ausufernder zu werden.

Investoren und Unternehmer ersticken in Verwaltungsprozessen. Anstatt wendiger Verwaltung, wird es von Jahr zu Jahr mehr.

Beispiel hierfür:

- Grundsteuerreform:

Bürger melden dem FA Zahlen, die diese aus dem Einheitswertbescheid des Finanzamtes nehmen, um Sie dann in einem aufwendigen Prozess wieder an das Finanzamt zu melden? Diese Bürgerbeschäftigungsmaßnahme vernichtet Millionen an Produktivkapital.

Wer sich heute selbständig machen möchte, um dann Gewerbesteuer zu bezahlen, der scheitert aktuell schon daran, einen Steuerberater zu finden.

Da diese seit Jahren mit komplexen Coronahilfepapieren und Grundsteuerpapieren beschäftigt sind, nehmen Steuerberater aktuell kaum noch neue Mandanten an.

Über die Folgen der Reform für die Bürger wird von der Politik aktuell noch keine Aufklärung betrieben. Für die Einheitswerte werden Bodenrichtwerte aus den Jahren 2021 gemeldet, diese Preise bilden bisher den Höhepunkt der über 10 Jahre Niedrigzinspolitik.

In der Zwischenzeit hat der Zinsmarkt deutlich Richtung 4% gedreht und nimmt Einfluss auf die aktuelle Preisentwicklung für Wohnimmobilien.

Wenn dann 2025 die Gemeinderäte über eine „gerechte“ Grundsteuer entscheiden dürfen, hat der Gemeinderat nach heutigem Stand keine Möglichkeit auf eine Diversifizierung der Grundsteuer nach Grundstücks-Nutzungsart. Somit kostet zukünftig ein Grundstück mit der gleichen Fläche immer den gleichen Preis. Egal ob es mit einem EFH oder einem 9 Familien-Haus bebaut ist.

Die ersten Empfehlungen der Verbände zum Einspruch gegen die Bescheide gibt es ja bereits.

Will man die Grundlogik der Grundsteuerreform aufrecht erhalten, müssten der Prozess dann 2026 erneut beginnen und an die aktuellen Bodenrichtwerte angepasst werden.

Hauptsache wir verschwenden Zeitressourcen „gerecht“ und bleiben im Hamsterrad der Anträge und Selbstbeschäftigung.

5. Bezahlbarer Wohnraum:

Die Krisennachrichten in den Medien und die gestiegenen Zinsen haben den Wohnungsbau in den letzten Monaten fast zum Erliegen gebracht.

Eine Verwaltung kann am besten durch schnelle Baugenehmigungen helfen, damit Projekte auch schnell in die Umsetzung kommen.

Eine weitere Möglichkeit ist die Schaffung von innerörtlichem Wohnraum, wie wir es am Oberen Schulberg umsetzen.

Sowie Schaffung von neuem Bauland, wie wir es im „Zollstöckle“ angehen.

Der Aus- und Umbau von Bestandsimmobilien muss weiter gefördert werden. Hier liegen noch hohe Potentiale, auch in unserer Gemeinde.

Was nicht funktionieren wird, ist die Eigentümer von Mietwohnungsraum immer weiter mit Verordnungen zu belasten.

Jüngstes Beispiel für Bürokratiewahnsinn ist der Detailausweis der Zusammensetzung des Energiepreises in den Nebenkostenabrechnung.

Immer mehr Eigentümer verlieren die Lust an diesem Verordnungswahnsinn, Verkaufen an Investoren, die dann die Mieten erhöhen.

Neue Themen, wie Energiesicherung stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Allerdings wünschen wir uns weitere Informationen zum Thema Windenergie. Bevor man in Schwieberdingen die zwei höchsten Windräder in Deutschland projiziert und baut, bedarf es sicherlich noch weiterer Details. Hier sollte der Gemeinderat sehr früh in die Gespräche mit eingebunden werden.

Die neueren Themen wie Flüchtlingsunterkünfte sehen wir für die Zukunft durchaus als eine neue Herausforderung, aber auch als Chance.

Nicht alle Flüchtlinge werden zurückkehren. Je länger der Krieg dauert und je stärker die Ukraine zerstört ist, werden viele Geflüchtete in Deutschland bleiben.

Dies wird für uns als Gemeinde eine neue Chance, aber auch neue Herausforderungen mit sich bringen.

Umso wichtiger ist es, bei allen Krisen, die Förderung des Vereinsleben nicht zu vergessen. Alle Vereine in Schwieberdingen tragen einen großen Teil dazu bei, dass Schwieberdingen als Gemeinschaft bis jetzt gut durch die Krise gekommen ist.

Für die Zukunft werden die Vereine als Bindeglied unterschiedlicher Teile unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Wir danken allen ehrenamtlichen die sich für unser Gemeinwohl einsetzen. Bleiben Sie so engagiert wie in den letzten Jahren.

Um Schwieberdingen auch zukünftig als lebendigen Gemeinde zu erleben, wollen wir uns als FDP nicht vor neuen Wegen verschließen, sondern uns mit allen Bereiche der Gesellschaft austauschen, um bis jetzt noch nicht erprobte Wege zu gehen.

In Zeiten enger Ressourcen müssen alle Beteiligte lernen, enger Zusammenzuwachsen. Hier sind wir sicherlich erst am Anfang eine neuen Zeit.

Zum Haushalt des Wasserwerkes, bedauern wir den starken Anstieg der Preise des Bodenseewassers. Begrüßen deshalb auch, die Überprüfung die Wasserproduktion mit Eigenbrunnen evt. zu erhöhen.

Mit dem erhöhten Preis für den Bezug des Bodenseewasser, steigt der Wasserpreis und damit werden weitere Kosten zur Grundversorgung auf die Bürger zukommen.

Auf Grund unseres komprimierte Wassernetz sorgen grundsätzlich geringere Fixkosten in Schwieberdingen dafür, dass wir trotzdem im Quervergleich der Gemeinden, einen eher günstigen Wasserpreis haben.

Unser Dank gilt allen Mitarbeitern der Verwaltung von Schwieberdingen die sich jetzt schon im 3 Krisenjahr für unsere Gemeinde einsetzen. Besonders freut es uns, dass Schwieberdingen zum Wohle der Bürger sein Rathaus früher geöffnet hat und deutlich flexibler agiert hat als andere Verwaltungen.

Die FDP stimmt dem Haushaltsplan 2023 sowie dem Haushaltplan des Wasserwerks zu.

Für die SPD-Fraktion führt GR Enzensperger folgendes aus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Vertreter der Presse, liebe Zuhörer.

Was für ein Jahr liegt hinter uns! Durch den Krieg in der Ukraine wurde sogar Corona mit seinen Folgen in den Schatten gestellt. Gefühlt sind wir nun seit Jahren im Dauerkrisenmodus. Aber auch dieses Jahr hat gezeigt, dass wir in Schwieberdingen trotz Allem einiges bewegen und voranbringen konnten.

*Bei der **Sanierung und Erweiterung der Glemstalschule** konnten wir das Richtfest für den Erweiterungsbau feiern und die Arbeiten sind weiter im Plan.*

*Bisher konnten alle **Geflüchteten** in der Gemeinde untergebracht werden, ohne dass die Turn- und Festhalle als Notunterkunft genutzt werden musste. Trotz aller Bemühungen, weitere Möglichkeiten zur Unterbringung zu schaffen, ist es fraglich, ob es dabei bleiben kann.*

*Natürlich sind durch die Pandemie und die Folgen des Ukraine-Krieges wie Inflation und Energiekrise unsere finanziellen Handlungsspielräume weiter geschmälert geworden. Besonders hart traf uns darüber hinaus zum Jahresende die Hiobsbotschaft, dass entgegen der noch zur Jahresmitte erwarteten deutlichen Verbesserung des Jahresergebnisses, die Gemeinde mehr als 5 Millionen Euro an Gewerbesteuer zurückerstatten musste. Dies stellt für den Haushalt eine sehr große Herausforderung dar und ist nur durch die weitere konsequente Umsetzung der durch die Haushaltsstrukturkommission bereits 2020 beschlossenen Maßnahmen zu bewältigen. Außerdem müssen zusätzlich gezielte Einsparungen erfolgen, wobei richtigerweise die **Kinderbetreuung und das Ehrenamt von weiteren Sparmaßnahmen ausgenommen** bleiben werden.*

Da hilft es nur wenig, dass unsere Ausgangslage im Vergleich mit anderen Gemeinden noch relativ gut ist. Dies haben wir der vernünftigen Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren zu verdanken. Deshalb sind bei sehr geringer Verschuldung immer noch Rücklagen vorhanden.

Doch nur unter Nutzung dieser vorhandenen Rücklagen wird es uns überhaupt möglich sein, die dringend notwendigen, ambitionierten Vorhaben anzugehen, umzusetzen und solide zu finanzieren.

Das vergangene Jahr hat eindrücklich gezeigt, dass die Gewerbesteuereinnahmen für uns beinahe nicht kalkulierbar sind und auf niedrigem Niveau verharren. Man muss davon ausgehen, dass es noch Jahre dauern wird, um auf das gewohnte und notwendige Niveau zurückzukehren wenn überhaupt. Auch deshalb werden wir wegen der Fülle an Pflichtaufgaben und dringend notwendiger weiterer Investitionen mittelfristig nicht um die Aufnahme von Krediten herumkommen. Wenn dies wie geplant für nachhaltige Projekte geschieht, ist das aus unserer Sicht zu verantworten und wir werden dies mittragen.

Wie ist der aktuelle Stand unserer Projekte und wie soll es aus unserer Sicht weitergehen, was wollen wir erreichen?

- Die Renovierung und Erweiterung unserer **Gemeinschaftsschule** kommt sehr gut voran. Wir hoffen, dass uns die Fledermäuse nicht doch noch einen Strich durch die Rechnung machen.*
- Der **Ausbau der Kinderbetreuung** ist eine andauernde Aufgabe, der wir uns auch in den kommenden Jahren stellen müssen.*

*Dies ist uns ein besonderes Anliegen, denn gute Bildung fängt in der Kita an. Es muss in mehr Plätze und hohe Qualität investiert werden. Aus Sicht der SPD sollten **KiTas mittelfristig gebührenfrei** sein - für uns ist dies nicht allein auf Gemeindeebene zu lösen, sondern eine Aufgabe der Landespolitik.*

□ Der Ausbau und die Verbesserung des **Hochwasserschutzes** innerorts kommen wegen der Eigentumsverhältnisse leider nicht so schnell wie gewünscht voran. Immerhin konnte im vergangenen Jahr das Auslaufbauwerk Räuschelbach verbessert werden. Weitere Maßnahmen sind konkreter geplant und sollen und müssen zeitnah umgesetzt werden. Trotz aller Anstrengungen muss jedem klar sein, dass es einen vollkommenen Schutz nicht geben kann und immer auch Eigenverantwortung gefragt ist.

□ Beim Zustand unserer **öffentlichen Einrichtungen**, wie z.B. Schulgebäude, Turn- und Festhalle, Sporthalle und das stillgelegte Hallenbad, gemeindeeigene Gebäude, Gemeindestraßen sowie die Infrastruktur im Industriegebiet hapert es an vielen Stellen. Für die notwendigen Verbesserungen werden wir in den nächsten Jahren hohe Millionenbeträge in die Hand nehmen müssen.

Im Areal Herrenwiesen sind der Abriss und Neubau der Turn- und Festhalle, die Sanierung der Sporthalle und des Feuerwehrhauses sowie die Planung des Umfelds mit Bezug auf die Schulen betroffen. Zur Gestaltung liegen bereits erste Machbarkeitsstudien vor, auf dieser Basis soll ein schlüssiges Gesamtkonzept erarbeitet werden. Bisher sind in den groben Finanzplanungen lediglich Mittel für den Bereich Sport vorgesehen, das Thema Kultur bzw. Festhalle ist noch nicht berücksichtigt. Es ist klar, dass Schwieberdingen dafür viele weitere Millionen investieren werden muss. Wann wir dieses Großprojekt in Angriff nehmen können und mit welcher Priorisierung wird eine spannende Frage sein.

Sanierung von Straßen und Kanalisation

Der Erhalt und die Sanierung unserer Straßen mit der darunter liegenden Infrastruktur ist als ständige Aufgabe dringend notwendig und wird mit sehr hohen Kosten verbunden sein.

□ **Friedhofskonzeption**

Die Umsetzung der einzelnen Bauabschnitte muss wie bisher weiter je nach Notwendigkeit erfolgen. Auch hierfür werden wir in den kommenden Jahren erhebliche Mittel bereitstellen müssen.

□ Das **Sanierungsgebiet Oberer Schulberg** wird in den Planungen immer konkreter. Wir sehen dieses Gebiet als große Chance für eine vielversprechende innerörtliche Weiterentwicklung.

□ Bei der möglichen Realisierung des **interkommunalen Gewerbegebiets** kommen wir nur in kleinen Schritten voran. Hoffentlich kann die Frage des Grunderwerbs zeitnah geklärt werden, damit es weitergehen kann. Alles in allem überwiegen für uns trotz möglicher Beeinträchtigungen auf der einen Seite die großen und wichtigen Chancen zur Stärkung Schwieberdingens als Gewerbebestandort auf der anderen Seite. Wie wichtig zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen für uns sind habe ich bereits erwähnt.

□ Der **Breitbandausbau** ist auf einem guten Weg, hier heißt es unbedingt am Ball zu bleiben und den **Ausbau des Glasfasernetzes** weiter voranzutreiben. Hier hat für uns der Anschluss unserer Schulen ans Glasfasernetz die höchste Priorität, auch damit die beschaffte Hardware, wie z.B. Tablets für die Schüler, volle Wirkung entfalten kann.

□ Durch den Ukrainekrieg und die Energiemangellage ist der **Katastrophenschutz** mehr als bisher in den Fokus gekommen. Die erarbeitete Notstromkonzeption ist wichtig, wie z.B. die Beschaffung eines mobilen Notstromaggregates.

□ Die in den letzten Jahren zum Teil neugestalteten **Spielplätze** müssen auf diesem hervorragenden Niveau erhalten werden.

□ in den vergangenen Jahren zeichnete sich Schwieberdingen durch großes **bürgerschaftliches Engagement** und zahlreiche gelungene Veranstaltungen und Festivitäten aus. Im letzten Jahr konnte zum Glück manches davon wieder durchgeführt werden, wie z.B. das Schapfenfest mit Sporttag. Auch in Zeiten knapper Kassen wollen wir bei der **Vereinsförderung** keine Abstriche machen. Dadurch zeigen wir auch die Wertschätzung fürs Ehrenamt.

- Wir drängen auf eine zügige Erstellung und Umsetzung der beschlossenen **Klimaschutzkonzeption**. In Anbetracht der aktuellen Situation darf keine Zeit verloren werden.
- Uns liegt es sehr am Herzen, dass die **Feuerwehr** stets über die erforderliche Ausrüstung verfügen kann. Deshalb ist es für uns auch wichtig, dass die Sanierung des **Feuerwehrhauses** bei der **Gesamtkonzeption Herrenwiesen** berücksichtigt wird.
- Das Thema **Unterbringung und Integration von Asylbewerbern** rückt wieder immer mehr in den Fokus. Hierzu sind mehr denn je große Anstrengungen erforderlich. Menschenwürdige Unterbringung und gute Betreuung sind besonders wichtig, damit Integration gelingen kann.
- Beim **ÖPNV** sind weitere Anstrengungen zur Verbesserung des Angebotes notwendig. Mittel- bis langfristig streben wir die Anbindung an die **Stadtbahn Ludwigsburg Markgröningen** an, ein wichtiger erster Schritt war der Beitritt zum Zweckverband. Der finanzielle Aufwand für den ÖPNV ist hoch, denn neben der Stadtbahn müssen weiter beachtliche Summen in das **Buskonzept** und die **Strohgäubahn** fließen.
- Die **Deponie** und hier vor allem die katastrophale Informationspolitik der AVL bleibt ein leidiges Thema. Eine Nutzungserweiterung der Deponie wie von der AVL angedacht lehnen wir weiter eindeutig ab. Wir pochen außerdem nachdrücklich darauf, dass das zugesagte Ende der Laufzeit eingehalten wird.
- wie in der gesamten Region Stuttgart wird auch in Schwieberdingen das Thema **bezahlbarer Wohnraum** immer drängender. Ein erster Schritt ist der Beitritt zur Bürgergenossenschaft Wohnen im Landkreis, weitere Schritte müssen folgen

Wie schon in der Vergangenheit sind für uns die Investitionen in die Schwieberdinger **Infrastruktur** wichtig, wobei angesichts der Kassenlage eine Konzentration auf die Pflichtaufgaben mehr denn je zwingend geboten ist. Wir wollen das vorhandene gute Angebot für unsere Bürger erhalten und verbessern.

Wichtige **Themen für die Zukunft** sind außerdem unter anderem die **Digitalisierung** in vielen Bereichen der Verwaltung und der **Umgang mit Personalengpässen** durch nicht besetzte Stellen und krankheitsbedingte Fehlzeiten.

Weitere Herausforderungen sind zusätzliche Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung durch Bund und Land, wie die Unterbringung und Integration weiterer Flüchtlinge und der erweiterte Rechtsanspruch bei der Ganztagesbetreuung in den nächsten Jahren.

Der angestrebte **Bürokratieabbau** zur Beschleunigung von Prozessen kann nicht allein auf Gemeindeebene erfolgen, hier muss auch der Gesetzgeber tätig werden.

Es ist vorhersehbar, dass durch die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auch in diesem Jahr große Herausforderungen auf die Gemeinde zukommen werden. Wie diese sich auf die Gemeindefinanzen auswirken werden kann noch nicht abgeschätzt werden. Klar ist aber, dass durch höhere Energiepreise mit einem deutlichen Preisanstieg in allen Lebensbereichen zu rechnen ist.

Im Namen der SPD-Fraktion darf ich mich bei Ihnen Herr Bürgermeister und Ihrer Verwaltung mit ihren Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit und die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken.

In unseren Dank für die geleistete Arbeit eingeschlossen sind selbstverständlich auch die Kindergärten, die Kindertagesstätten, die Schulen, der Bauhof, die Bibliothek und die Musikschule.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan für 2023 und dem Wirtschaftsplan des Wasserwerks Schwieberdingen zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2023 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2022 - 2026.

Festsetzung des Wirtschaftsplans 2023 für das Wasserwerk Schwieberdingen

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2022/293, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. EB Müller stellt die Vorlage vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Festsetzung des Wirtschaftsplans 2023 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2022 bis 2026.

Bebauungsplan „Zollstöckle“ mit örtliche Bauvorschriften gemäß § 74 LBO BW - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/308, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Auch weist er der Vorsitzende auf eine mögliche Befangenheit hin, welche von den Gemeinderäten geprüft werden soll. Außerdem weist der Vorsitzende auf die eingegangenen Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, die im Ratsinformationssystem eingestellt wurden. Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende die Herren Queck und Boenigk von der Kommunalentwicklung. Frau Götz stellt die Vorlage vor.

Herr Boenigk geht auch ausführlich auf die rechtlichen Auswirkungen des heutigen Beschlusses ein. Heute werde darüber entschieden, ob man das Verfahren einer Umlegung einleiten könne. Es gelte nun Schritt für Schritt durchzuführen. Es werden noch die milderen Schritte vor der Einleitung einer Umlegung geprüft werden. Hierbei könne auch der Umlegungsausschuss zum Zuge kommen.

Anschließend verweist der Vorsitzende auf die eingereichten Anträge von Bündnis 90/Die Grünen.

GR Birkhold verliest den Antrag 1 zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Zollstöckle 2023/308.

GR Heck merkt an, dass im Wohngebiet Hülbe derzeit rund 20 Bauplätze nicht bebaut sind.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine Nachverdichtung erst erfolgen kann, wenn die Gemeinde Eigentümer der Fläche ist. Der Vergleich mit dem Wohngebiet hinke, da dort die Bauplätze in Privateigentum sind. Deshalb schlage man eine Bauverpflichtung vor. Der Vorsitzende führt zu dem Antrag aus, dass es Wunsch der Bevölkerung sei, einen dritten Lebensmittelmarkt auf Schwieberdinger Gemarkung anzusiedeln. Er erinnert an diese Zielsetzung sowie gleichzeitig an die allgemeine Zielsetzung von Schaffung von Wohnraum und die dementsprechenden Diskussionen in der Öffentlichkeit und im Gremium. Dies bedinge eine Erweiterung der Fläche des Flächennutzungsplans. Deshalb appelliert der Vorsitzende, den Antrag abzulehnen.

GR Sippel möchte wissen, welche Kriterien für eine Erweiterung des Flächennutzungsplans benötigt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass entsprechende Vorgespräche geführt wurden und auch die Region Stuttgart die grundsätzliche Zustimmung in Form eines Gutachtens in Aussicht gestellt wurde.

Herr Boenigk führt aus, dass der Bedarf nach einem Lebensmittelmarkt geprüft werden müsse sowie die Auswirkungen berücksichtigt werden muss. Auch seien städtebaulichen Planungen entscheidend. Der Bebauungsplan definiere dabei die Forderung zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Entwicklung in der Baubranche berücksichtigt werden müsse. Man erhalte jedoch dennoch viele Nachfragen aus dem Bereich Lebensmittelmarkt. Man stehe am Anfang des Prozesses, um auf Rahmenbedingungen zu reagieren.

GR Athanassiadis möchte wissen, ob sich auch ein Arzt in diesem Gebiet ansiedeln könne.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies eine Frage der Festlegungen im Bebauungsplan seien. Dabei werden Ausnahmen geregelt. Man sei zudem in Grundüberlegungen bezüglich der Schaffung eines weiteren Ärztehauses in der Ortsmitte. Nur ein Gebäude für einen Lebensmittelmarkt zu bauen ohne weitere Nutzungsmöglichkeit sei derzeit nicht mehr vertretbar.

GR Dr. Leder fragt nach den angenommenen Bedarfen hinsichtlich des Flächennutzungsplans.

Der Vorsitzende führt die aktuelle Zielsetzung zur Schaffung von Wohnflächen aus. Grundlage war dabei der verabschiedete Flächennutzungsplan, in dem das Wohngebiet Zollstöckle enthalten ist. Nachdem sich die Diskussion auf die Ansiedlung eines zusätzlichen Lebensmittelmarkts weiterentwickelt hatte, sei die Erweiterung der Fläche überlegt worden, um die Schaffung von ausreichend Wohnfläche zu gewährleisten.

Der Vorsitzende stellt die gesetzlichen Verfahrensabläufe und den Druck auf dem Wohnungsmarkt klar.

GR Rabus erinnert an die vergangenen Diskussionen zur Ansiedlung eines Lebensmittelmarkts in Schwieberdingen und spricht sich deshalb für den Verwaltungsvorschlag aus.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 3 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, das Plangebiet an den Flächennutzungsplan anzupassen und in den als Anlage 2 dem Beschlussentwurf beigefügten Zielen und Zwecken der Planung unter Ziff. 1.2. Abs. 1 die Flurstücke Nr. 7375 bis 7389 ersatzlos zu streichen. Der Abgrenzungsplan Anlage 1 ist entsprechend zu ändern.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

GR Heck verliert den Antrag 2 zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Zollstöckle 2023/308 (Energieversorgung und Verkehrsplanung).

Der Vorsitzende führt aus, dass die Themen Energieversorgung und Verkehrsplanung jetzt noch nicht festgelegt werden können. Hier seien die Grundlagen des Bebauungsplans notwendig. Dies seien wichtige Punkte, die in der Gesamtheit aller Themen diskutiert werden müssen. Auch kritisiert der Vorsitzende die Bewertung des Baugebiets Seelach im Nachhinein durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Deshalb appelliert der Vorsitzende, den Antrag abzulehnen.

GR Rommel kritisiert ebenfalls die Bewertung des Baugebiets Seelach durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Nachhinein.

GR Enzensperger stimmt GR Rommel zu.

GR Birkhold findet, dass man aus der Vergangenheit lernen könne und versteht nicht, dass man sich daran stört.

GR Rommel stört sich an der Äußerung „fehlende Planung“.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 3 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „5. Die Verwaltung wird beauftragt, vor Einleitung der weiteren Verfahrensschritte nach Ziff. 3 ein Konzept über die Energieversorgung und Verkehrsplanung dem Gemeinderat vorzulegen.“

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Anschließend wird über den 3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diskutiert. GR Dr. Leder trägt den Antrag vor.

EB Müller führt dazu die Haltung der Verwaltung aus, wonach über die kommunale Zielsetzung „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ zweimal, das heißt im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens sowie beim Verkauf von gemeindlichen Grundstücken diskutiert und entschieden werden soll. Der Gemeinderat ist hierbei immer Herr des Verfahrens.

Aus derselben Begründung wie bei dem vorherigen Antrag appelliert der Vorsitzende, den Antrag abzulehnen. Zielsetzung sei es, Wohnraum für Schwieberdinger Familien zu schaffen und die gesamtwirtschaftliche Lage zu beachten. Man möchte hierbei keine Vorfestlegung treffen und in einer Gesamtbetrachtung diese entsprechende Diskussion zu führen. Es gehe nicht um eine Gewinnmaximierung, sondern um die Erreichung der gemeindlichen Zielsetzungen.

GR Schachermeier erinnert an den Antrag der ABG-Fraktion zum bezahlbaren Wohnraum.

Der Vorsitzende erinnert an die vergangenen Diskussionen. Man diskutiere diese Zielsetzung erst bei tatsächlicher Realisierung eines Projekts.

GR Enzensperger findet, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei Symbolpolitik

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 5 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in den als Anlage 2 dem Beschlusssentwurf beigefügten Zielen und Zwecken der Planung unter Ziff. 2.2. Abs. 2 folgendes zu formulieren: „Die Gemeinde hat derzeit nur noch wenige private Baugrundstücke für eine Wohnbebauung zur Verfügung. Ziel ist es, dass die Gemeinde Wohnbaugrundstücke erhält, um diese gezielt zur Schaffung von bezahlbarem oder öffentlich gefördertem Wohnraum oder für Dienstwohnungen zu verwenden. Die zukünftigen Bauherren erwerben die Grundstücke mit einer Bauverpflichtung.“

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- 1. Der Bebauungsplan „Zollstöckle“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB zur Aufstellung beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Abgrenzungsplan vom 05.12.2022 entsprechend Anlage 1. Auf die Ziele und Zwecke der Planung vom 22.02.2022 (Anlage 2) wird verwiesen.**
- 2. Zusammen mit dem Bebauungsplan sollen auch örtliche Bauvorschriften gemäß § 74 LBO erlassen werden.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte (Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB) vorzubereiten und durchzuführen.**
- 4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.**

Entwicklungsgebiet Wohnbebauung "Zollstöckle" - Anordnung der amtlichen Umlegung gemäß § 46 BauGB im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans "Zollstöckle"

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/309, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Boenigk stellt die Vorlage vor.

Der Vorsitzende weist auf die redaktionellen Änderungen auf Empfehlung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin und bedankt sich dafür.

GR Heck verliert den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Ausschussbesetzung der Gemeinde Schwieberdingen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Änderungswünsche zur Ausschussbesetzung in der Gemeinderatsitzung am 15.02.2023 behandelt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Aufgrund von § 46 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der aktuellen Fassung, wird für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans „Zollstöckle“, im Bereich der Gemarkung Schwieberdingen, nördlich des Flurstücks 6278/7, östlich der Flurstücke 7431, 7415 und 7373, südlich der Flurstücke 7676/1, 7392, 7394/4 und 7394/7, sowie westlich der Flurstücke 7394, 7394/4, 7398/5 und 7397/11, die Umlegung von Grundstücken nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (§§ 45 bis 79 BauGB) angeordnet. Sie trägt die Bezeichnung „Zollstöckle“.

Die Umlegung wird durch den Umlegungsausschuss gemäß §§ 3 und 4 der Verordnung der Landesregierung und des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen zur Durchführung des Baugesetzbuchs (BauGB-DVO) in der aktuellen Fassung durchgeführt. Der Umlegungsausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und 6 Mitgliedern. Er entscheidet an Stelle des Gemeinderats.

Wasserwerk - Ersatzbeschaffung der Hard- u. Software des Prozessleitsystems der Trinkwasserversorgung

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/302, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Burkhardt stellt die Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

GR Henke fragt nach, wer die Umstellung der Wartungsverträge für das Schwieberdinger Leitsystem verpasst habe.

Herr Burkhardt antwortet, dass dies gemeinschaftlich verpasst wurde. Dies sei unglücklicherweise in die Zeit der unbesetzten Amtsleiterstelle gefallen. Herr Burkhardt teilt mit, dass das Angebot angemessen sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man die Angebote aufgrund der derzeitigen Haushaltslage genau prüfe.

GR Athanassiadis fragt nach, ob das System kompatibel sei.

Herr Burkhardt bestätigt eine entsprechende Kompatibilität. Der Vergabevorschlag sei mit der Netze BW abgestimmt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Ersatzbeschaffung der Prozessleittechnik auf Grundlage des Angebots von Vivavis AG vom 16.12.2022 in Höhe von 54.598€ wird zugestimmt.

Wasserwerk - Tiefbrunnen Herrenwiesen - Erneuerung der Pumpe und Steigleitung

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/303, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Burkhardt stellt die Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

GR Rabus fragt nach der Machbarkeitsstudie.

Herr Burkhardt antwortet, dass man mit einer Machbarkeitsstudie die zukünftige Struktur auf eine eventuelle Abhängigkeit hin überprüfen werde. Die Machbarkeitsstudie für die künftige Erhöhung der Eigenwassergewinnung sei dabei ein logischer Schritt. Hierbei gehe man von Kosten in Höhe von rund 50.000 Euro aus.

Der Vorsitzende führt aus, dass diese Vorlage die Begründungen Klimaschutz, Wohngebietserweiterung Zollstöckle und dem eventuellen Regionalen Gewerbeschwerpunkt beinhalte.

Herr Burkhardt berichtet auf Nachfrage von GR Rabus, dass im Bereich des Tiefbrunnens noch Kapazitäten vorhanden seien.

GR Dr. Leder fragt nach dem zeitlichen Horizont bezüglich der Machbarkeitsstudie und deren Umsetzung.

Herr Burkhardt antwortet, dass die Machbarkeitsstudie dieses Jahr durchgeführt werden soll. Daraus werden Maßnahmen abgeleitet, die in das Gremium eingebracht werden.

GR Athanassiadis fragt nach der Enthärtungsanlage.

Herr Burkhardt antwortet, dass das Bodenseewasser derzeit relativ günstig sei. Wohin der Wasserpreis sich entwickle, sei nicht vorhersehbar. Eine Wasserenthärtungsanlage bewege sich im sechsstelligen Bereich. Hier seien noch Prüfungspunkte offen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- 1. Der Erneuerung der Tiefbrunnenpumpe und der zugehörigen Steigleitung im Tiefbrunnenpumpwerk Herrenwiesen wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird vorbehaltlich des noch zu genehmigenden Haushalts 2023 damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die künftige Erhöhung der Eigenwassergewinnung zu veranlassen.**

Sanierungsgebiet Oberer Schulberg, Städtebauliche Entwurfsvarianten

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/307, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Götz stellt die Vorlage anhand einer Visualisierung vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die städtebauliche Entwurfsvariante Süd V5b (Satteldachvariante) für den südlichen Planbereich am Oberen Schulberg.

Anwaltswahl auf dem Hardt- und Schönbühlhof - Besetzung des Wahlausschusses

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2022/286, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Der Vorsitzende teilt mit, dass bereits Bewerbungen eingegangen sind. Frau Hirsch stellt die Vorlage vor. Die Wahl werde in diesem Jahr von der Gemeinde Schwieberdingen organisiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die beiden Vertreter der Gemeinde Schwieberdingen im Zweckverband Hardt- und Schönbühlhof werden als Mitglieder des Wahlausschusses bestimmt. Für den kurzfristigen Verhinderungsfall werden deren Stellvertreter im Zweckverband Hardt- und Schönbühlhof als Stellvertreter im Wahlausschuss bestimmt.

Teilnahme an der 13.1. Bündelausschreibung Gas 2024-2025, sowie die Einzelbeauftragung des Gemeindetags

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/304, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Burkhardt stellt die Vorlage vor.

Herr Burkhardt beantwortet eine Anfrage von GR Dr. Leder zum ungefähren Gesamtvolumen des Jahresverbrauchs.

GR Morschhäuser befindet sich zum Zeitpunkt der Beschlussfassung außerhalb des Sitzungssaals und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat bevollmächtigt die Gemeindeverwaltung zur Teilnahme an der 13.1. Bündelausschreibung Gas 2024-2025 und zur Einzelbeauftragung von Gt-Service für die Durchführung der 13.1. Bündelausschreibung Gas 2024-2025.

Annahme von Spenden

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2022/286, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO zu.

Anfragen

a) Stellungnahme von GR Erben zum Austritt aus der ABG-Fraktion

GR Erben gibt eine kurze persönliche Stellungnahme ab. Er teilt mit, dass er aus der ABG-Fraktion ausgetreten ist.

Der Vorsitzende kündigt an, über die Konsequenzen hinsichtlich der Ausschussbesetzung in der nächsten Gemeinderatssitzung Mitte Februar zu informieren.

Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen

Dieser Tagesordnungspunkt ist entfallen.

Ende der öffentlichen Sitzung um 22:40 Uhr.